

**Bezirksamtsvorlage Nr. 613**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 09.07.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 1293/VI, Beschluss vom 22.02.2024 betrifft:

**Bezahlkarte: Verwaltung vereinfachen statt Menschen gängeln**

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Bezahlkarte: Verwaltung vereinfachen statt Menschen gängeln“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat:
- b) Frauenvertretung:
- c) Schwerbehindertenvertretung:
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage - zur Kenntnisnahme - über

### **Bezahlkarte: Verwaltung vereinfachen statt Menschen gängeln**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.02.2024 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1293/VI):

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass Menschen, die in Mitte Grundsicherungsleistungen (nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und sich daraus ergebende Analogleistungen) beziehen, auch weiterhin frei über den ihnen zustehenden Geldbetrag verfügen können. Es muss weiterhin jederzeit möglich sein, Bargeld abzuheben, überall einzukaufen und Geld übertragen zu können. Sollte eine Bezahlkarte eingeführt werden darf diese nicht stigmatisierend wirken und überwacht werden. Insbesondere soll sie fokussiert werden auf die Gruppe an Menschen, die kein Girokonto besitzen, zum Vorteil für sie und als Vereinfachung für die Ämter. Dem Beirat für Partizipation/Integration und den zuständigen Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung (Ausschuss für Partizipation und Integration und Ausschuss für Soziales, Arbeit, Bürgerdienste und Wohnen) ist regelmäßig über den aktuellen Stand zu berichten.

Das Bezirksamt hat am 09.07.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt Mitte hat dem obigen Ersuchen folgend mit Schreiben vom 19.03.2024 und Erinnerung vom 02.05.2024 an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) um Bewertung der Forderungen gebeten (s. Anlagen 1 und 2). Nunmehr ist seitens der SenASGIVA ein Antwortschreiben vom 26.06.2024 eingegangen, das in der Anlage 3 zur Kenntnis gegeben wird.

Der Einfluss des Bezirksamtes in der Sache ist damit erschöpft, sodass im Übrigen auf die Vorgänge im Abgeordnetenhaus verwiesen wird. Dazu gehören beispielsweise die Antworten zu den Schriftlichen Anfragen 19/18191 und 19/19052 des Abgeordnetenhauses sowie die Anträge zu den Drucksachen 19/1748 und 19/1754 (zu finden unter: <https://pardok.parlament-berlin.de/portala/browse.tt.html>).

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den 28.06.2024

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

